

Die Rolle und Zukunft der russischen Opposition nach den Präsidentschaftswahlen

Am 2. März fanden in Russland die Präsidentschaftswahlen statt. Auch wenn theoretisch vier Kandidaten zur Wahl antraten, zweifelte niemand am Sieg von Dmitri Medvedev, dem designierten Nachfolger von Vladimir Putin. Medvedev wird im Mai neuer russischer Präsident und sein Mentor wird das Amt des Regierungschefs anstreben. Dabei wurden die Oppositionsparteien mit unlauteren Mitteln geschwächt und viele Kandidaten letztendlich von der Wahl ausgeschlossen, so dass man nicht mehr von Wahlen sondern lediglich von Stimmabgabe sprechen könnte.

Seit langem beobachtet man mit Sorgen den fortschreitenden Niedergang der demokratischen Grundrechte wie Presse- und Versammlungsfreiheit, die im Westen Europas als selbstverständlich gelten. Man blickt gespannt nach Moskau und fragt sich, wie sich Russland unter der Doppelspitze Medvedev-Putin entwickeln wird. Um die Lage der Opposition, ihre zukünftigen Erfolgsaussichten und ihre Ziele zu erörtern, hatte das American Enterprise Institute for Public Policy Research zu einer Expertenrunde mit führenden Mitgliedern der liberalen, pro-demokratischen Opposition eingeladen.

Den Anfang machte **Boris Nemtsov**, ehemaliger Vizepremierminister unter Jelzin und Mitbegründer der Partei Union der rechten Kräfte. Zunächst ging er auf Putins Popularität als Retter Russlands ein, die größtenteils auf die wirksame Propaganda der Regierung zurückzuführen sei. In Wirklichkeit habe sich die Situation des Militärs, die Infrastruktur und insbesondere die Gesund-

heit der Bevölkerung verschlechtert.¹ Hinsichtlich der Wahlen führte Nemtsov den Vergleich mit den USA auf. Während dort der Wahlkampf zwischen Demokraten und Republikanern das bestimmende Thema der Medien sei, wäre dieser durch Kontrolle und Zensur der Presselandschaft in Russland fast vollständig untergegangen. Des Weiteren erschwere die Wahlmanipulation durch „sowjetunions-ähnliche“ Mittel auf Seiten der amtierenden Regierung die Situation der Opposition.

Als besonders problematisch für Russland und die restliche Welt erachtete Nemtsov die doppelte Spitze der Exekutive mit Putin als Regierungschef und Medvedev als Staatsoberhaupt. Wie die Geschichte zeige, führe eine solche Staatsform zu Instabilität in Russland, da es zwangsläufig zu einem Ringen um die Macht zwischen Putin und Medvedev kommen werde. Auch wenn letzteren viele als schwach und im Schatten Putins ansähen, sei er aufgrund der Verfassung und seiner Position im Kreml der wahre Machtinhaber. Anschließend kam Nemtsov auf die Lage der Opposition zu sprechen. Zwar hätte Putins Propagandamaschinerie und Wahlmanipulation die deutliche Niederlage der Oppositionsparteien besiegelt, doch hätten deren Zersplitterung und der Mangel an Organisation erheblich Mit-

¹ Aufgrund der geringen Ausgaben der Regierung für das Gesundheitswesen (6% des BIP) fehlt es an einer umfassenden Kranken- und Altersvorsorge. Die Lebenserwartung für Frauen beträgt 72 Jahre, für Männer gerade einmal 59 Jahre.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

ANDREA ROTTER

März 2008

www.kas.de/usa

www.kas.de

schuld am desaströsen Wahlausgang.² Daher müsse es zu einer Vereinigung der Opposition kommen. Zuletzt kritisierte Nemtsov das Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber Russland. Durch den Irak-Krieg hätte sich ein aggressives Bild von den Vereinigten Staaten in der russischen öffentlichen Meinung gebildet, das weitgehend auf Ablehnung stöße.

Von der Europäischen Union hingegen sei man bereit, Ratschläge in Sachen Demokratie anzunehmen.

Vladimir V. Kara-Murza, ehemaliger Wahlkampf-Manager für Präsidentschaftskandidat Bukovsky und ebenfalls Mitglied der Union der rechten Kräfte, zweifelte zu Beginn seines Vortrages an Medvedevs vermeintlich liberaler Einstellung. Schließlich hätte man dies auch von Putin bei seinem Amtseintritt geglaubt. Dieser habe jedoch die Opposition und die Prinzipien des Föderalismus schrittweise abgeschafft. Daher gäbe es keine kompetitiven Wahlen mehr, sondern nur noch inszenierte Wahlen. Auch die gesetzlichen Wahlbestimmungen würden jede Möglichkeit auf eine parlamentarische Opposition und somit der in der Verfassung vorgesehenen Chance eines Regierungswechsels zunichte machen.³ Denn bei den vier Parteien in der Duma handle es sich lediglich um eine Erfindung des Kremls. Doch im Vorfeld der Wahlen habe Kara-Murza einen anfänglichen Widerstand innerhalb der Bevölkerung ausmachen können, der ihm Grund zur Hoffnung auf einen politischen Wandel gebe.

² Medvedev und seine Partei Einiges Russland gewannen die Wahlen klar mit 70 % der Stimmen. Die Opposition erhielt lediglich 17,1 % (Kommunistische Partei der Russischen Föderation), 9,4% (Liberal-Demokratische Partei Russlands) und 1,3% (Demokratische Partei Russlands).

³ Um eine Partei für Wahlen registrieren lassen zu können, muss sie über 50.000 Mitglieder verfügen, wobei sie in jedem der 89 Wahlbezirke 500 Mitglieder haben muss. Des Weiteren müssen diese Mitglieder bei der Registrierung sämtliche Personalien angeben.

Der Berater des ehemaligen Premierministers Mikhail Kasyanov und Mitglied der Demokratischen Partei Russlands, **Oleg Buklemishev**, kam noch einmal auf die Haltung Medvedevs zu sprechen. Dieser sei der Bevölkerung als Garant für Stabilität vorgestellt worden, doch habe er sich nicht von Putins politischem Kurs distanziert. Deswegen wären auch keine Liberalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu erwarten. Des Weiteren führte Buklemishev auf, dass Putins Kontrolle der Medien, die Sabotage von Oppositionsveranstaltungen und die zunehmende Lebensgefahr für Kritiker des Regimes einen effektiven Wahlkampf nicht ermöglichen würden. Gleichermaßen kritisierte er jedoch auch die verschiedenen Oppositionsparteien, da sie nicht im Stande wären, gemeinsam gegen Putin vorzugehen. Außerdem müsse man die Bevölkerung Russlands besser über politische Belange aufklären und das von Putin abgeschaffte unabhängige Mandat für die Duma-Wahlen wieder einführen.

Ansonsten bliebe dem russischen Volk nur noch „wishful thinking“ übrig.

Zum Abschluss der Runde griff **Vladimir A. Ryzhkov**, ehemaliger Abgeordneter der Duma, die Gedanken seiner Vorgänger auf.

Man dürfe keinen neuen Regierungsstil erwarten, da hierfür die Beziehung zwischen Putin und Medvedev zu stark sei. In Wahrheit handle es sich in Russland um ein viel ausgeprägteres autoritäres System als immer angenommen werde. In Bezug auf eine Lösung des Oppositionsdilemmas widersprach Ryzhkov seinen Kollegen. Eine Vereinigung der Parteien erscheine zu einfach. Selbst mit vereinten Kräften würde es der Opposition an weit reichenden Kommunikationswegen fehlen, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.